



**HAGEN**

Stadt der FernUniversität  
Der Oberbürgermeister

Seite 1

**Drucksachennummer:**

1034/2023

**Datum:**

28.11.2023

## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Hier: Weiterführung der Stelle aufsuchende Betreuung von Geflüchteten in der kommunalen Unterkunft in der Trägerschaft der Diakonie Mark-Ruhr gGmbH

**Beratungsfolge:**

12.12.2023      Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt

1. Die aufsuchende Migrationsarbeit gemäß geltendem Ratsbeschluss vom 02.11.2000 (DS 500114/00) weiterhin durch das Diakonische Werk durchführen zu lassen und die Kosten in entsprechender Höhe zu erstatten.
2. Einen entsprechenden Bewilligungsbescheid zu erteilen

**Kurzfassung**

entfällt

**Begründung**

siehe Anlage



**HAGEN**

Stadt der FernUniversität  
Der Oberbürgermeister

**Seite 2**

**Drucksachennummer:**

1034/2023

**Datum:**

28.11.2023

## **Inklusion von Menschen mit Behinderung**

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind ggf. betroffen

## **Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung**

☒ keine Auswirkungen (o)

An die Vorsitzende des Ausschusses für  
Soziales, Integration und Demographie

Anja Engelhardt

- Im Hause -

23.11.2023

### **Antrag für die Sitzung des SID am 12.12.2023**

Sehr geehrter Frau Engelhardt,

wir bitten gem. §6 (1) GeschO, um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie am 12.12.2023.

#### **Weiterführung der Stelle aufsuchende Betreuung von Geflüchteten in der kommunalen Unterkunft in der Trägerschaft der Diakonie Mark-Ruhr gGmbH**

##### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt

1. Die aufsuchende Migrationsarbeit gemäß geltendem Ratsbeschluss vom 02.11.2000 (DS 500114/00) weiterhin durch das Diakonische Werk durchführen zu lassen und die Kosten in entsprechender Höhe zu erstatten.
2. Einen entsprechenden Bewilligungsbescheid zu erteilen

##### **Begründung**

Die Diakonie Mark-Ruhr gGmbH berichtet, dass der Fachbereich Jugend- und Soziales in Absprache mit dem Verwaltungsvorstand der Diakonie Mark-Ruhr mitgeteilt hat, dass die Verwaltung die Finanzierung des Angebots zur Betreuung von Geflüchteten zum 31.12.2023 einstellen wird. Die Verwaltung begründet diesen Schritt als Konsolidierungsmaßnahme für den Haushalt 2024/2025.

Der Haushaltsentwurf wird voraussichtlich in der Ratssitzung im Dezembereingebracht. Danach beginnen erst die Haushaltsberatungen. Bis zur Verabschiedung des Haushalts gilt daher der Ratsbeschluss 02.11.2000 unverändert weiter. Bereits an dieser Stelle schon Fakten zu schaffen, erschließt sich uns nicht.

Zitat Ratsbeschluss:

*„Der Personalkostenzuschuss für Asylbewerberbetreuung an das Diakonische Werk wird für den gesamten Zeitraum des Jahres 1999 gezahlt. Die aufsuchende Migrationsarbeit wird ab dem 1. Oktober 2000 weiter durch das Diakonische Werk durchgeführt. Die Kosten werden von der Stadt*

*Hagen erstattet, solange hierfür eine Betreuungskostenpauschale in entsprechender Höhe vom Land gezahlt wird.“*

Die Stelle wird finanziert aus Mitteln des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge, kurz Flüchtlingsaufnahmegesetz bzw. FlüAG NW, vom 28. Februar 2003. Es ist dort verpflichtend geregelt, dass 3,83 % der pauschalisierten Landeszuweisung für die soziale Betreuung zu verwenden sind.

Diese Betreuung übernimmt seit nunmehr 20 Jahren kompetent die Diakonie Mark-Ruhr durch eine Mitarbeiterin. Es ist ein umfassendes Beratungs- und Betreuungsangebot entstanden, fachlich auf hohem Niveau und gut vernetzt in die Stadtgesellschaft. Diese Struktur gilt es zu erhalten und zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Köppen

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN